GENDER OPEN REPOSITORIUM

Programmierte Frauenarmut : Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen

Baumeister, Hella

2008

https://doi.org/10.25595/1744

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baumeister, Hella: *Programmierte Frauenarmut : Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 17 (2008) Nr: 2, 181-182. DOI: https://doi.org/10.25595/1744.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Programmierte Frauenarmut

Fachtagung am 17. Juni 2008 in Bremen

HELLA BAUMEISTER

In welchen biografischen Statuspassagen sind Frauen besonders gefährdet in Armut zu geraten, was sind die strukturellen und institutionellen Ursachen und welche Ansätze zur Veränderung gibt es? Das waren die Kernfragen der Fachtagung „Programmierte Frauenarmut", die am 17. Juni 2008 in der Bremischen Bürgerschaft stattfand. Die Organisatorinnen, die Bremische Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen, legten den Fokus auf vier biografische Schnittstellen, an denen die Armutsgefahr für Frauen besonders hoch ist: Ausbildung/Übergang in den Beruf, Elternschaft, Erwerbsarbeit, Alter. Rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland erörterten die rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die solche Schnittstellen zur Armutsgefahr werden lassen, und berieten Verbesserungsvorschläge.

Obwohl Mädchen in der Regel die besseren und höheren Schulabschlüsse haben, gelingt es ihnen nicht, diesen Vorsprung beim Übergang in den Beruf zu nutzen. Dies legte Karin Gottschall (Universität Bremen) im Forum 1 „Trotz Abschluss arm?! Mangelnde Bildungsrenditen als Armutsrisiko" dar. Über die nahe liegenden Erklärungen hinaus, wie u.a. geschlechtsspezifische Berufswahl, diskontinuierliche Berufsbiografien, lenkte sie den Blick auf die Berufsstruktur: einerseits eine duale Ausbildung für Facharbeiterberufe und andererseits eine schulische Ausbildung für die Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. Im Unterschied zum dualen System ist die vollzeitschulische Ausbildung, in der Frauen dominieren, nicht bundeseinheitlich geregelt. Es bestehen hier nicht nur geringere Aufstiegs- und Einkommensmöglichkeiten sondern auch ein verminderter Qualifikationsschutz. Hier seien neben dem Sozialstaat auch die Gewerkschaften gefordert. Bildung sei zwar eine Voraussetzung zur Lösung der Armutsfrage, allerdings nicht die Lösung selbst, so Karin Gottschall. Notwendig sei eine Neubewertung von Frauenerwerbsarbeit.

Marianne Friese (Justus-Liebig-Universität Gießen) plädierte dafür, die – häufig von Frauen bevorzugten – personenbezogenen Dienstleistungsberufe in ihren Ausbildungsgängen zu standardisieren und zu akademisieren, um so nicht nur die Ausbildungsqualität, sondern auch Prestige und Verdienstmöglichkeiten dieser Berufe zu verbessern. Das gelte insbesondere für die Ausbildung des Erziehers/der Erzieherin, die auf europäisches Niveau gehoben werden müsse. Das Forum empfahl, die sozialen, ökonomischen und bildungspolitischen Debatten zu vernetzen und schulische Berufsabschlüsse, die bislang unkoordiniert in Verantwortung der Bundesländer geregelt sind, gegenseitig anzuerkennen.

Familienpolitik ist in unserem Land vor allem finanziell und wenig infrastrukturell geprägt. Das belegte Irene Dingeldey (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 2 „Kinder als Armutsrisiko: Die Exklusion von Müttern am Arbeits-

markt“ am Beispiel der Kinderbetreuung. Auch seien die Transferleistungen nicht ausreichend, um Erwerbslose, Geringverdienende und Teilzeitbeschäftigte über die Armutsschwelle zu bringen. Barbara Thiessen (Deutschen Jugendinstitut, München) betonte, wie wichtig wohnortnahe Vernetzung und Anlaufstellen für Frauen seien, die unter Armutsbedingungen leben bzw. von Armut bedroht sind.

Wie stark in den letzten Jahren der Niedriglohn-Sektor ausgeweitet wurde, hob Sigrid Betzelt (Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen) im Forum 3 „Das Arbeits-Los: Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung“ hervor: Inzwischen arbeite mehr als jede/r fünfte Beschäftigte im Niedriglohnbereich, wobei selbst Tariflöhne häufig keinen Schutz mehr böten. Niedriglohnbeschäftigung ist eindeutig „Frauensache“ (70%), mit Schwerpunkten bei den Mini-Jobs und Teilzeitarbeit. Damit wird die Rolle der erwerbstätigen Frauen als „Zuverdienerinnen“ verfestigt. Befördert wurde diese Entwicklung u.a. durch die „Hartz-Gesetze“. Karen Jaehrling (Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg/Essen) plädierte denn auch konsequent für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Einhellige Meinung war: Die Arbeitsmarktpolitik muss eine konsequentere Gleichstellungspolitik verfolgen. Die aktive Förderung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sei als individuelles Recht festzuschreiben und zwar für Empfängerinnen von Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II. Arbeitsmarktpolitik dürfe nicht länger – wie heute – ein Abgleiten in Armut befördern, sondern müsse im Gegenteil zum Abbau vom Armutsrisiken beitragen z.B. durch Umstrukturierung von Mini-Jobs.

Im abschließenden Werkstattgespräch ging es um die Umsetzung der zuvor erarbeiteten Vorschläge. Mit dem Präsidenten des Bremischen Senats, Jens Böhrnsen (SPD), diskutierten die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und langjährige niedersächsische Ministerin Heidi Merk, Hildegard Nickel von der Humboldt-Universität Berlin und die Gastgeberin, die Bremer Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe. Sie konfrontierten ihn mit zwei zentralen Ergebnissen der Tagung: Für das Land Bremen sollen ein Querschnittsprogramm „Gleichstellung“ entwickelt und auf Bundesebene eine Enquête-Kommission zur Gleichstellungspolitik initiiert werden, die die Auswirkungen der sozial-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitischen Umstrukturierungen auf Frauen untersucht.